

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

18.00 Uhr - 20.00 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt - Vorsitzender -

I. Bürgermeisterin Lina Meyer

II. Bürgermeister Eiwin Scholl

Ratsherr Dieter Dilling

(ab 18.20 Uhr)

Ratsfrau Herta Everwien

Ratsherr Hans Grigull

Beigeordnete Helga Grix

Beigeordneter Hans-Dieter Haase

Ratsherr Horst Jahnke

Ratsherr Wilhelm Jerems

Beigeordneter Wilhelm Leeker

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsfrau Elfriede Meyer

Ratsherr Karl-Gerhard Pauels

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Ihno Slieter

Ratsherr Johann Südhoff

Beigeordnete Jenny Tamminga

Ratsherr Richard Woldmer

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz

Ratsherr Ahlrich Groeneveld

Ratsherr Reinhard Hegewald

(bis 19.30 Uhr)

Ratsherr Uwe Hellmann

Ratsfrau Monika Hoffmann

Beigeordneter Heinz Werner Janßen

Ratsfrau Sieglinde Kaune

Ratsherr Nils Köhler

Ratsherr Hinrich Odinga

Ratsherr Werner Vollprecht

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken

Ratsherr Hermann Züchner

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

F.D.P.

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Erich Bolinius

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Ludwig Hemken
Stadtbaurat Jan Röttgers
Stadtrat Ewald Fürst
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Frauenbeauftragte Okka Fekken
Stadtangestellte Ursula Pientka als Protokollführerin

ca. 50 Zuhörerinnen und Zuhörer
Vertreter der örtlichen Presse

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratssitzung sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

Es sei heute ein besonderer Tag, denn man begehe das 10jährige Bestehen der Städtepartnerschaft mit der Stadt Prenzlau. Aus diesem Anlass seien nach Emden gekommen

Herr Bürgermeister Jürgen Hoppe
1. Beigeordneter Georg Seefeld
2. Beigeordneter Klemens Schmitz
Herr Hans-Ulrich Mrowetz, Büroleiter und Vorsitzender des Städtepartnerevereins
Herr Dr. Karl-Hermann Seefeld, Vorsitzender der SPD-Fraktion
Herr Klaus Scheffel, Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion, mit Ehefrau,

die er ganz herzlich begrüßen möchte.

Ferner freue er sich darüber, dass eine 10. Schulklasse des JAG mit ihrem Lehrer Herrn Andreeßen an der heutigen Ratssitzung teilnehme. Es sei zu begrüßen, wenn junge Leute Anteil an der Kommunalpolitik nähmen.

Wie es üblich sei im Rat, möchte er Herrn Hans Grigull zum 70. Geburtstag, den er gestern gefeiert habe, gratulieren und ihm einen Blumenstrauß überreichen.

Punkt 2: Ansprachen des Oberbürgermeisters der Stadt Emden, Herrn Alwin Brinkmann, und des Bürgermeisters der Stadt Prenzlau, Herrn Jürgen Hoppe, aus Anlass des 10jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft

Herr Brinkmann führt aus:

"Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister Hoppe,

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

ich darf Sie alle, die Sie aus Prenzlau angereist sind, herzlich willkommen heißen. Ich freue mich besonders, dass eine Schulklasse hier ist, jene Mädchen und Jungen, die heute die 10. Klasse besuchen und die vor 10 Jahren noch nicht über die deutsche Einheit nachgedacht haben.

Vor 10 Jahren durfte ich anlässlich der Wiedervereinigung eine Rede halten. Sie, Herr Hoppe, waren im Rathausfestsaal dabei. Ich habe damals u.a. ausgeführt:

"Niemand konnte den Weg der DDR in die Freiheit voraussagen, ja, er war nicht einmal steuerbar.

Darum gilt ebenso, dass niemand in der BRD die Freiheit in der DDR erzwungen hat, sondern vielmehr die Menschen in der DDR sich ihre Freiheit unblutig und friedlich erstritten haben - und zwar auf eine höchst beeindruckende Weise.

Ich sage dieses, ohne dass ich die Leistungen der jetzigen Bundesregierung herunterspielen will. Sie hat die Chance erkannt, zugepackt und - trotz aller Kritik an Einzelheiten des Einigungsprozesses - auch das Glück des Tüchtigen gehabt."

Es ist erlaubt, die Frage zu stellen, was ist daraus geworden in den 10 Jahren. Eigentlich wären 10 Jahre Partnerschaft mit Prenzlau, 10 Jahre Einheit der Bundesrepublik Deutschland, ein Riesenfest. Wir alle brauchen nur nach Frankreich, Amerika oder nach England zu schauen, wie dort vergleichbare nationale Ereignisse begangen werden. Es sind nicht nur Jubelfeste, sondern eine ganze Nation ist stolz auf das, was sie in ihrer Geschichte erreicht hat.

Bei uns streiten wir uns seit einem halben Jahr, wer wo wann redet und wessen Einheit es geworden ist. Dabei vergessen wir allzu schnell, dass dieser Weg - 45 Jahre hier die Bundesrepublik, dort die DDR - ein so schwarzer Trennungsstrich gewesen ist, dass eigentlich unsere Generation, die nach dem Krieg geboren wurde, fast schon nicht mehr daran geglaubt hat, dass es zu einer Einheit kommen könnte, obwohl sie im Grundgesetz festgeschrieben ist und obwohl wir immer noch die 3. Strophe des Deutschlandliedes singen "Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland".

Daraus resultiert für mich, dass es eben nicht die Einheit einer Partei ist, sondern es ein langer Weg war von Adenauer über Willy Brandt bis hin zu Helmut Kohl, und dass wir nicht vergessen wollen, dass es auch andere Kanzler bei uns gegeben hat. Wir wollen auch nicht vergessen, dass Menschen in der damaligen Deutschen Demokratischen Republik durch ihre Kraft ihren Staat im Rahmen ihrer Möglichkeiten erbaut und aufgebaut haben. Sie kannten es nicht anders, sie waren in das östliche System integriert und eingebunden.

Die Einheit ist die Einheit der Prenzlauer, der Emdener, der Hamburger, der Rostocker, der Hannoveraner, der Münchener und aller anderen Städte hier wie dort. Die Menschen, die auf beiden Seiten der Elbe wohnen, haben diese Einheit ausgeführt und mit Leben ausgefüllt, und deshalb war es richtig, dass wir vor 10 Jahren beschlossen haben, eine Städtepartnerschaft zu gründen, und einige werden sich erinnern, worum es damals ging, nämlich um ganz profane Dinge, um die Frage, wie kann man von hier etwas rüberbringen und von dort entgegennehmen, welche Sorgen am meisten drücken.

Die Sorgen waren damals ganz andere als die, die der Rat der Stadt Prenzlau heute hat. Es war ein Glück, dass aus Emden Frauen und Männer den Mut hatten, nach Prenzlau zu gehen, um dort im Rahmen ihrer Möglichkeiten behilflich zu sein. Es ist immer noch eine Freude, wenn man heute in Prenzlau ist, dass Herr Fürst aber auch andere sich dort einen Namen erworben haben.

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

Wir mussten in den 10 Jahren neu lernen und manchmal auch auf der Karte nachsehen, wo die Städte in den neuen Bundesländern eigentlich liegen. Deutschland neu erlernen hieß Austausch zwischen den Menschen im Bereich der Kultur, des Sports, der Politik und in allen anderen Bereichen, und vielleicht mussten wir von unseren Brüdern und Schwestern viel mehr lernen als sie von uns, weil wir etwas gewohnt waren, was selbstverständlich ist, was die Menschen in den neuen Bundesländern sich erst erarbeiten mussten.

Deshalb glaube ich, dass ein solcher Tag, den der Rat heute gemeinsam mit den Vertretern aus Prenzlau begeht, der Tag der 10-jährigen Partnerschaft zwischen den Städten Prenzlau und Emden, ein Tag des Dankeschön-Sagens auf unserer Seite ist. Das Dankeschön richtet sich verbunden mit einem Kompliment an jene Menschen, die in Prenzlau die Stadt und das Land wieder neu aufbauen mussten, die bestimmte Strukturen hatten, aber diese Strukturen ausrichten mussten auf ein fast gänzlich neues System, die den Menschen Mut machen mussten, damit sie begreifen, dass es nicht ein Schritt in ein tiefes Loch, sondern ein Schritt in die Zukunft ist, ohne die eigene Identität zu verlieren.

Wenn wir in Europa nur ein wenig über unsere Grenzen schauen, dann werden wir feststellen, dass das alles gar nicht so selbstverständlich ist. Jetzt hat das serbische Volk gewählt, und es wird den Bürgern gesagt, sie hätten nicht richtig gewählt. Dies ist in der alten DDR, in den neuen Bundesländern, nicht so gewesen. Dort haben die Menschen es geschafft, und so weit ist die alte Sowjetunion nicht von uns entfernt, dass wir nicht sehen, dass dort nach wie vor Terror ausgeübt wird. Auch das wollen wir dabei nicht vergessen.

Ich habe damals weiter ausführen dürfen, dass wir gemeinsam in eine europäische Zukunft gehen und an einer europäischen Zukunft arbeiten wollen, dass unsere Generation - und deshalb bin ich dankbar, dass die 10. Klasse heute hier ist - das, was ihr geschenkt worden ist, weitergeben will, wenn die Zeit gekommen ist, in die Hände junger Menschen, um das fortzuführen, was vor 10 Jahren begonnen hat und was uns hoffentlich nie wieder genommen wird.

Ein Dankeschön, Herr Hoppe, Ihnen persönlich. Es ist ein schwieriger Weg, sich in einem neuen System behaupten zu können, und man benötigt die richtigen Leute, um ihn gemeinsam zu gehen. Ein Dankeschön den Fraktionen, die im neuen System die wichtigste Aufgabe haben, nämlich darüber zu streiten, und ich weiß, wie es hier bei uns ist, welches der richtige Weg ist und wie man die gebotenen Chancen erkennt und am besten nutzt.

Deshalb wünsche ich Ihnen, dass Sie weiterhin genügend Mitstreiter bekommen, die mit Ihnen den besten Weg für Prenzlau herausfinden und mit Ihnen versuchen wollen, Stück für Stück die Stadt Prenzlau, die große Fortschritte gemacht hat, weiterzuentwickeln, und zwar auch in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger.

Bisweilen hat ein Bürgermeister bzw. Ratsvorsitzender es nicht leicht, sich in den Sitzungen durchzusetzen. Ich habe eine gute Pfeife, wenn die Glocke nicht ausreicht, aber in der Regel genügt die Glocke, um sich Gehör zu verschaffen. Sie haben ein solches Werkzeug nicht, und deshalb erlaube ich mir, Ihnen, Herr Hoppe, als Gastgeschenk für die nächsten 10, 20 oder 30 Jahre eine Glocke zu übergeben, damit Sie sich, wenn es sein muss, ausreichend Gehör im Rat verschaffen. Möge diese Glocke auch ein Band der Freundschaft zwischen uns sein. Eines habe ich gelernt, immer dann, wenn die Glocken schweigen mussten, gab es Krieg, Not und Elend. Möge sie niemals schweigen. Ich wünsche Ihnen alles Gute!"

Herr Hoppe macht folgende Ausführungen:

"Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank dafür, dass Sie uns eingeladen haben, nach Emden zu kommen, eingeladen aber auch, um hier im Rat kurz das Wort zu ergreifen und vielleicht ein bisschen dar-

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

über nachzudenken, was wir damals vor 10 oder 11 Jahren gefühlt haben und was wir heute fühlen.

Es ist schon eine entscheidende Erfahrung, 10 Jahre Kommunalpolitik erleben, gestalten und mitbestimmen zu dürfen, wenn man vorher nicht mitgestalten konnte, jedenfalls nicht eigenverantwortlich. Vorher hatte man sich unterzuordnen, und wer das nicht wollte, der war nicht dabei.

Vor 10 Jahren bin ich beauftragt worden, nach Emden zu fahren und zu schauen, ob eine Partnerschaft unter den Bedingungen, die wir damals hatten, möglich ist. Herr Schmitz war dabei sowie ein Kraftfahrer und ein russisches Auto, das uns Sorgen gemacht hat. Wir fanden in Emden Menschen vor, neben dem Oberbürgermeister an erster Stelle den Verwaltungschef, Herrn Dr. Hinnendahl, und andere Mitarbeiter der Verwaltung, die uns helfen wollten, die politischen Strukturen in Niedersachsen zu verstehen, die mit uns gemeinsam etwas gestalten wollten.

Wir wurden eingeladen in die Fraktionen, damit wir auch dort hören, wie Politik gestaltet wird, damit wir zu Wort kommen und etwas lernen sollten, was in den neuen Bundesländern damals erst beginnen sollte.

(Herr Dilling nimmt an der Sitzung teil.)

Diese Freundlichkeit, die wir erfahren haben, setzte sich so fort, dass Sie, Herr Fürst, uns über Jahre ein Helfer in der Not waren und in Ihrer Bescheidenheit uns ein Stückchen Verwaltung lehrten. Es gibt im Rat - bei uns ist das die Stadtverordnetenversammlung - nichts Schlimmeres, als wenn die Politiker Mitarbeiter der Verwaltung fragen müssen, ob das, was der Bürgermeister sagt, auch rechtens ist. Heute ist das nicht mehr möglich, aber damals war es gang und gäbe. Herr Fürst war dann in der Nähe, um Beistand zu leisten.

Ich möchte nur daran erinnern, dass wir damals, als die Währungsunion kam, mit 866 DM anfangen mussten. Ich hatte schon große Sorge, wie wir eine Stadt mit 866 DM verwalten sollten. Diese Sorgen sind inzwischen überwunden.

Städtepartnerschaft ist auch nicht so gedacht, dass man nur nehmen soll, sondern es kann nur ein Geben und Nehmen sein, sonst kann das nicht funktionieren. Ich verstehe eine Städtepartnerschaft so, dass die Menschen, nicht die Verwaltung diese Partnerschaft prägen, und mir lag es immer außerordentlich am Herzen, junge Menschen dazu zu überreden, diese Partnerschaft als solche wahrzunehmen, daraus zu lernen und vieles in die eigene Heimatstadt mitzunehmen. Und wir Älteren mussten lernen, wie wir letztendlich die Weltoffenheit, die nach 1990 eingetreten war, gestalten konnten in der eigenen Stadt, im eigenen Haus.

Wir haben so manche Situation in dieser Partnerschaft erfolgreich gemeistert. Wir haben viel darüber geredet, wie man Verwaltungen aufbaut und wie man Städtepartnerschaften z. B. in den Schulen organisieren kann, und ich denke, der letzte Besuch, den Sie in Prenzlau absolviert haben, hat ergeben, dass wir uns miteinander bemühen sollten, die Partnerschaft auf privater Ebene mit Leben zu erfüllen.

Ich sage jedem, der politische Verantwortung trägt, sowie allen anderen Mitbürgern, dass diese Partnerschaften nach wie vor überaus wertvoll sind. Es gibt nach 10 Jahren immer wieder Themen, die man sowohl in Emden als auch bei uns neu anpacken muss und über die man sich untereinander austauschen kann.

Dass wir heute auch verwaltungsmäßig als berechtigte Partner nach Emden kommen können, das ist schon etwas, was wir gemeinsam mit großem Stolz empfinden dürfen, und nicht nur in Emden. Wenn wir in den alten Bundesländern an Konferenzen teilnehmen, werden

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

wir gefragt und sind wir geachtet, und die Erfolge, die wir in Prenzlau haben, können sich sehen lassen.

Prenzlau ist angenommen in der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen diese Bundesrepublik gestalten, nicht immer nur jammern, wie dies meistens solche tun, die nicht fähig sind zu gestalten. Wir wollen gestalten, und wir bitten Sie, gestalten Sie mit uns. Der Oberbürgermeister hat gesagt, wir müssen unseren Enkelkindern erklären, warum Freundschaften entstehen zwischen brandenburgischen und niedersächsischen Gemeinden.

Ich habe flapsig gesagt, wir hatten Gemeinsamkeiten bei der Heringsfischerei, als wir Preußen waren. Das ist lange vorbei. Wir müssen neue Gemeinsamkeiten schaffen. Wir haben die deutsche Einheit gewollt, wir haben sie uns gemeinsam verdient. Wir sollten diese Einheit festhalten und alles daransetzen, dass wir die nächsten 10 Jahre sagen können, es war eine schöne Zeit, es hat sich gelohnt und es lohnt sich weiterhin.

Der Oberbürgermeister aus Emden hat sicher nicht daran gedacht, dass ich in 20 Jahren mit Sicherheit nicht mehr Bürgermeister der Stadt Prenzlau bin, sondern mir die Erfolge von weitem ansehen werde. Wir danken Ihnen für all Ihre Hilfe in der schweren Zeit. Seien Sie uns weiterhin gut gesonnen. Es lohnt sich, für die Menschen vor Ort etwas zu tun, denn die haben es verdient. Dankeschön!

Als Gegengeschenk möchte ich dem Oberbürgermeister für alle Grundschulen der Stadt Emden Bücher über die Uckermark und Prenzlau überreichen, damit die Schüler hineinschauen können und vielleicht auch einmal hinfahren. Es ist lohnenswert."

Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung

Herr Janßen führt aus, für seine Fraktion sei nicht erkennbar, weshalb ihr Antrag zur Baumschutzsatzung vom 14.06.2000 heute nicht auf der Tagesordnung stehe. Sie möchte, dass über den Antrag beraten werde.

Zur Vorlage 13/1349 "Parkhaus" habe seine Fraktion im Stadtplanungsausschuss schon angeregt, diesen TOP in der öffentlichen Sitzung zu behandeln. Es sei nicht einsehbar, weshalb im Stadtplanungsausschuss eine öffentliche Behandlung erfolgt sei und im Rat nicht.

Herr Renken merkt zur Änderung der Baumschutzsatzung an, dass auch der Antrag seiner Fraktion, der ebenfalls im Stadtplanungsausschuss behandelt worden sei, zur Vorbereitung eines Ratsbeschlusses habe dienen sollen. Jetzt lägen diese beiden Anträge auf dem Tisch, was bedeuten könnte, dass sie mitbehandelt würden.

Seine Fraktion unterstütze die Bitte von Herrn Janßen, die Vorlage 13/1349 in der öffentlichen Sitzung zu behandeln.

Herr Brinkmann weist darauf hin, dass lediglich Teil a) der Vorlage 13/1349 in der öffentlichen Sitzung behandelt werden könne, während über die Teile b) und c) in der nichtöffentlichen Sitzung beraten werden müsse. Die Tagesordnung könne um den Punkt 13 a) "Gründung einer Parkhaus-Verwaltungsges. mbH" erweitert werden.

Die SPD-Fraktion habe darauf gedrungen, ihren Antrag zur Baumschutzsatzung auf die Tagesordnung zu setzen. Die Anträge der Grünen sowie der CDU-Fraktion seien im zuständigen Ausschuss abgelehnt worden. Deshalb seien die Vorlagen im Rat nochmals verteilt

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

worden. Der Antrag der SPD-Fraktion sei durch den VA vorbereitet worden, die anderen dagegen nicht.

Herr Bongartz erklärt, im Stadtplanungsausschuss sei beschlossen worden, die Verwaltung zu beauftragen, die Baumschutzsatzung zu überarbeiten, und wenn diese dann vorliege, könne man darüber beraten, ob sie noch verändert werden solle oder nicht. Deshalb sei der Vorschlag seiner Fraktion abgelehnt worden. Er wundere sich daher, dass jetzt der SPD-Antrag auf der Tagesordnung stehe.

Herr Leeker erklärt, der Vorlage sei im VA zugestimmt worden. Wenn noch Veränderungen erforderlich seien, könne man diese einvernehmlich zustande bringen. Er möchte aber verhindern, dass in dieser Stadt eine rigorose Aufhebung der Baumschutzsatzung erfolge. Ihm sei sehr wohl bekannt, dass in Oldenburg und Osnabrück Volksabstimmungen zur Abschaffung der Baumschutzsatzung stattfänden. Das halte er nicht für durchsetzbar. Deshalb bitte er um Zustimmung, den Punkt auf der Tagesordnung zu belassen.

Herr Janßen wiederholt, seine Fraktion habe am 14.06.2000 ihren Antrag formuliert mit der Bitte, ihn im Rat zu behandeln. Das sei nicht geschehen. Er sehe nicht ein, dass der SPD-Antrag heute behandelt werde und der Antrag seiner Fraktion nicht. Er bestehe auf einer Änderung der Tagesordnung, um diesen Antrag ebenfalls behandeln zu können.

Herr Brinkmann weist nochmals darauf hin, dass der CDU-Antrag nicht für den Rat vorbereitet sei. Es gebe die Möglichkeit, den Antrag zu stellen, TOP 14 heute abzusetzen.

Herr Renken erklärt, seine Fraktion habe bereits im April eine Anfrage an die Verwaltung gerichtet und im Juni einen Antrag gestellt mit der Bitte, diesen im Stadtplanungsausschuss für den Rat vorzubereiten. Das Abstimmungsergebnis im Fachausschuss könne nicht maßgebend dafür sein, ob der Antrag in den Rat komme oder nicht.

Herr Leeker bemerkt, es sei das Recht einer Fraktion, den Antrag auf die Tagesordnung setzen zu lassen, wenn sie dafür eine Mehrheit bekomme.

Herr Bongartz stellt den Antrag, die Tagesordnung entsprechend zu erweitern.

Herr Brinkmann betont nochmals, der Antrag sei nicht durch den VA vorbereitet worden, und deshalb bleibe nur der Weg zu beantragen, TOP 14 heute von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Janßen stellt den Antrag, TOP 14 heute abzusetzen.

Herr Dr. Kleinschmidt lässt über den Antrag abstimmen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt
Dafür: 10
Enthalt.: 2

Herr Bongartz bemerkt, im Stadtplanungsausschuss sei in der öffentlichen Sitzung auch der Punkt "Bau eines Parkhauses" behandelt worden, den er jetzt nicht mehr auf der Tagesordnung finde.

Herr Brinkmann erklärt, in der öffentlichen Sitzung werde Teil a) der Vorlage 13/1349 "Gründung einer Parkhaus-Verwaltungsges. mbH" behandelt. Diese Gesellschaft werde ausschließlich zu dem Zweck gegründet, ein Parkhaus zu bauen mit allem, was daraus resultiere.

Weitere Einwendungen gegen die erweiterte Tagesordnung werden nicht erhoben.

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Rates am 29.06.2000 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/9/6
Umbildung von Ratsausschüssen

Beschluss: Der Rat stellt nachfolgende Veränderung in der Besetzung der Ratsausschüsse fest:

1. Jugendhilfeausschuss (Stimmberechtigtes Mitglied, 2/5-Gruppe)

Frau Helga Kruse für Frau Gertrud Rehling

Stellv. Mitglied:

Herr Hartmut Mühleis für Frau Helga Kruse

Beratendes Mitglied (ev. ref. Kirchengemeinde)

Herr Pastor Bert Gedenk für Herrn Martin Herbst

2. Sozialausschuss:

Beratendes Mitglied (Behindertenbeirat der Stadt Emden)

Herr Karl-Heinz Kracke für Frau Elfriede Wilts

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Vorlage 13/12/2
Besetzung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Emden;
Wahl eines neuen Mitgliedes

Herr Leeker schlägt namens seiner Fraktion Herrn Horst Jahnke vor.
Nach Meinung von **Herrn Janßen** müsse es Sparkasse heißen und nicht Stadtparkasse.
Herr Brinkmann erklärt, in der Satzung stehe nach wie vor Stadtparkasse, während es im Geschäftsverkehr Sparkasse heiße.

Beschluss: Der Rat stellt folgende Neubesetzung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse fest:

Als stellvertretendes Mitglied für Frau Marianne Janssen wird

Herr Horst Jahnke

an Stelle von Frau Gertrud Rehling gewählt.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

Punkt 7: Vorlage 13/1334
Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2001 - 2004

Beschluss: Die der Vorlage 13/1334 als Anlage beigefügte Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2001 - 2004 wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 8: Vorlage 13/1343
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V. m. § 89 NGO

Herr Hemken erläutert ausführlich die Vorlage.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2000 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu:

1. Verwaltungshaushalt - überplanmäßig

- | | | |
|----|--|-----------------|
| a) | 7000-5130 Unterhaltung der Kanäle | 1.700.000,00 DM |
| b) | 7000-6200 Betriebskosten Hauptklärwerk | 800.000,00 DM |

2. Verwaltungshaushalt - außerplanmäßig

- | | | |
|----|---|---------------|
| a) | 9020-8315 FAG-Umlage | 683.168,00 DM |
| b) | 5120-5001 Dachreparatur Personalwohn-
heime und -wohnungen HSK | 350.000,00 DM |
| c) | 7500-5001 Glockenturm Kirche | |
| | Wybelsum | 50.000,00 DM |

3. Vermögenshaushalt - überplanmäßig

- | | | |
|----|--|---------------|
| a) | 0610-9364 Hard- und Software FB 400 | 50.000,00 DM |
| b) | 1300-9388 Feuerwehrtechnische Ein-
richtungen und Anlagen | 40.000,00 DM |
| c) | 7000-9646 Kanalisation Twixlum | 350.000,00 DM |
| d) | 7000-9630 Kanalisation Wybelsum | 650.000,00 DM |

Ergebnis: einstimmig

Punkt 9: Vorlage 13/1344
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2000

Herr Hemken gibt Erläuterungen zur Vorlage.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

Punkt 10: Vorlage 13/1325
Änderung der Abfallsatzung der Stadt Emden

Herr Röttgers teilt mit, es gehe ausschließlich um redaktionelle Änderungen, die keine inhaltlichen Auswirkungen auf die bereits beschlossene Satzung hätten. Die Bezirksregierung habe bei der Genehmigung der Satzung Formfehler festgestellt, die aus Gründen der Rechtssicherheit behoben werden müssten. In der Anlage zur Vorlage seien die jeweiligen Änderungen aufgeführt.

Frau Everwien führt aus, bezüglich der aktuellen Diskussion, die seit dem vergangenen Wochenende hinsichtlich der 42 l-Abfalltonne geführt werde, verlasse man sich auf die Aussage der Verwaltung, dass alles geprüft worden sei, sowie auf die Aussage der Firma Sulo, dass die von ihr hergestellte 42 l-Tonne in Deutschland nicht einsetzbar sei. Sollten sich in naher Zukunft andere Erkenntnisse ergeben, entstehe für die SPD-Fraktion eine neue Diskussionsgrundlage.

Es gebe für die SPD-Fraktion zwei andere wichtige Punkte, die zwar heute nicht die Satzung tangierten, ihr aber sehr am Herzen lägen, nämlich die Inkontinenzkranken und das Thema Restmüllsäcke. Für diese Personengruppe müsse eine Lösung gefunden werden, denn die bisherige Regelung sei nicht ausreichend.

Ihre Fraktion erwarte von der Verwaltung einen Vorschlag, um diese Probleme angehen zu können. Die restlichen drei Monate sollten genutzt werden, damit die Bürger umfangreich aufgeklärt würden.

Herr Bolinius weist darauf hin, dass seine Fraktion die am 29.06.2000 beschlossene Abfallsatzung und damit das Wiegesystem abgelehnt habe und auch diese Vorlage ablehnen werde.

Herr Bongartz erklärt, da es sich nur um redaktionelle Änderungen handele, könne man dieser Vorlage zustimmen. Was die von der SPD-Fraktion vorgetragene Sorge angehe, so werde seine Fraktion den Antrag stellen, da sie von der Diakonie angeschrieben und auf die Probleme der Inkontinenzkranken hingewiesen worden sei, ein Freigewicht von 80 kg zu gewähren sowie bei der Entsorgung der Windeln von Kleinkindern das Alter von 30 auf 36 Monate heraufzusetzen.

Ferner werde man den Antrag stellen, eine Kommission ins Leben zu rufen, die sich mit den besonderen Schwierigkeiten, die es in der Stadt gebe, beschäftigen und festhalten solle, ob es den Menschen aufgrund ihrer körperlichen Verfassung zumutbar sei, die 120 l-Tonne zu bewegen, und ob es ihnen möglich sei, sie irgendwo unterzubringen. Dann werde man entscheiden, wie zu verfahren sei.

Herr Brinkmann legt Wert auf die Feststellung, dass die F.D.P.- Fraktion das Wiegesystem nicht generell abgelehnt, sondern sich gegen die Einführung zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen habe.

Des Weiteren möchte er darauf hinweisen, dass es ein Geschäft der laufenden Verwaltung gebe, das sich die Fachdienste und Abteilungen nicht aus der Hand nehmen lassen könnten. Es gebe Grenzen, bis zu denen man kompromissbereit sei, und über eine bestimmte Grenze hinaus sei man nicht mehr kompromissbereit. Wenn der Rat meine, eine Kommission einsetzen zu müssen, dann geschehe dies nicht unter Mitwirkung der Verwaltung.

Herr Bolinius betont, seine Fraktion sei nicht gegen das Wiegesystem selbst, sondern gegen die Art und Weise und die Schnelligkeit, mit der es eingeführt worden sei. Man hätte zunächst in einem Stadtteil beginnen und abwarten sollen, wie es dort laufe.

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

Herr Renken erklärt, man entscheide nur über redaktionelle Änderungen, die mit dem Wiegensystem nichts zu tun hätten. Auch stehe keine Änderung des § 18 zur Debatte, in dem die Frage der Behältergröße usw. geregelt werde. Von daher werde seine Fraktion dieser Änderung der Abfallsatzung heute zustimmen.

Seine Fraktion habe wie die F.D.P.-Fraktion Bedenken bezüglich der Einführung zum 01.01.2000 gehabt, in diesem Falle aber der Aussage des Oberbürgermeisters vertraut, dass er das mit seiner Verwaltung bis zu diesem Datum geregelt bekomme.

Es seien Fehler passiert, die man versuchen sollte in den noch verbleibenden drei Monaten auszubügeln. Seine Fraktion habe ebenfalls Vorschläge gemacht, die ein ergänzendes Sack-System betreffen. Die Probleme der Inkontinenzkranken könne man regeln auch über die Satzung. Wenn alle Vorschläge auf dem Tisch lägen, könne man den Ratstermin im Dezember im Auge behalten. Vielleicht sei es möglich, mit praktischen Regelungen in Ausnahmefällen behilflich zu sein.

Beschluss: Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Änderung zur Abfallsatzung der Stadt Emden.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 2

Punkt 11: Vorlage 13/1311
Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB zwischen der Volkswagen AG, 38436 Wolfsburg, und der Stadt Emden

Herr Röttgers zeigt sich erfreut über den Abschluss dieses Vertrages, mit welchem einmal die von VW ausgehenden Lärmimmissionen zum Schutz der angrenzenden Wohngebiete begrenzt würden und zum anderen für künftige Planungen ein ausreichendes Lärmkontingent festgelegt werde.

Beschluss: Der städtebauliche Vertrag zwischen der Volkswagen AG und der Stadt Emden wird geschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 12: Vorlage 13/1330
Erlass einer Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich des "8. Emdener Museumstages"

Herr Dr. Beisser fragt, ob es nicht möglich sei, die verbleibenden drei verkaufsoffenen Sonntage blanko dem Einzelhandel zur Verfügung zu stellen, damit dieser kurzfristig je nach Witterung verkaufsoffene Sonntage gestalten könne.

Herr Brinkmann entgegnet, dies sei rechtlich nicht möglich. Es müsse jeweils im Einzelfall entschieden werden.

Beschluss: Die als Anlage der Vorlage 13/1330 beigefügte Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich des "8. Emdener Museumstages" wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

Punkt 13: Vorlage T 13/1361/1
Resolution des Rates gegen die Streichung des Bahnfernreiseverkehrs

Herr Dr. Kleinschmidt teilt mit, es liege eine Tischvorlage vor mit den vom Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Finanzen in der gestrigen Sitzung empfohlenen Änderungen.

Herr Röttgers führt aus, mit der Bahnreform werde angestrebt, den Schienenfernverkehr wirtschaftlicher zu gestalten, so dass eigentlich absehbar gewesen sei, dass die Bahn sich irgendwann von unrentablen Strecken trennen werde. Die jetzt tatsächlich geplanten Streichungen von weniger tangierten Strecken, wie in der Resolution im Einzelnen aufgeführt, seien sehr schmerzlich. Es sei nicht hinnehmbar, dass die Region nicht mehr vernünftig angebunden sei.

Bund und Land hätten jetzt dafür zu sorgen, dass die Bahnstrecken auch künftig funktionierten. Im Fachausschuss habe der Geschäftsführer der Verkehrsregion Ems-Jade die Zusammenhänge ausführlich dargelegt.

Die Verwaltung schlage vor, die Resolution mit den gemeinsam von den Fraktionen empfohlenen Änderungen auf den Weg zu bringen. Hauptansprechpartner sollten der Bund, das Land und die Deutsche Bahn AG sein.

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 13/1361/1 als Anlage beigefügte Resolution.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 13a: Vorlage 13/1349
a) Gründung einer Parkhaus-Verwaltungsgesellschaft mbH

Herr Brinkmann weist nochmals darauf hin, dass nur über Teil a) dieser Vorlage, der die Gründung einer Parkhaus-Verwaltungsges. mbH zum Inhalt habe, in öffentlicher Sitzung beraten werden dürfe. Die Teile b) und c) müssten in nichtöffentlicher Sitzung behandelt worden.

Herr Röttgers führt aus, bereits im Bebauungsplan A 22, 1. Änderung, der das alte Schlachthofgelände südlich des Wasserturms betreffe, sei in Verbindung mit einem Einkaufszentrum ein Parkhaus vorgesehen gewesen, und so sei auch der Bebauungsplan rechtskräftig geworden.

Mit der Errichtung des Großraumkinos ergebe sich jetzt die Notwendigkeit des Nachweises von ca. 130 Einstellplätzen, die ursprünglich auf Kosten der Stadt hergerichtet und als öffentlicher Parkraum angeboten werden sollten. Die HLG habe der Stadt angeboten, durch den Anbau eines Parkhauses an das Kino die Stellplatzfrage zu lösen, so dass dann ca. 400 Parkplätze zur Verfügung stünden.

Der Standort sei hervorragend, er könne ampelgeregelt auf einer vierspurigen Straße angefahren werden, und innerhalb von 3 Minuten sei zu Fuß der Neue Markt zu erreichen. Der Parksuchverkehr werde minimiert. Zu einem Herstellungspreis von 7,3 Mio. DM einschließlich Mehrwertsteuer könne die Stadt das Parkhaus selber nicht bauen.

Vor diesem Hintergrund empfehle die Verwaltung, dem Bau des Parkhauses zuzustimmen. Es gehe zunächst darum, eine Parkhaus-Verwaltungsgesellschaft zu gründen, die das Baugeschehen mit dem Investor zusammen abwickeln solle.

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

Herr Hellmann erklärt, die CDU-Fraktion habe sich stets dafür eingesetzt, die Parkplatzsituation zu verbessern. Dabei habe sie immer das Ziel vor Augen gehabt, ein Parkhaus in der Nähe der Kaufhalle zu errichten. Heute spreche man über ein Parkhaus in der Nähe des Wasserturms.

Seine Fraktion werde der Gründung dieser Gesellschaft und auch dem Bau des Parkhauses zustimmen, wenn auch mit Bauchschmerzen, weil es viel Geld koste und die Parkplatzsituation dadurch nicht verbessert werde.

Seine Fraktion werde versuchen, die Situation weiter zu verbessern, indem sie ein Parkleitsystem fordere, und sie hoffe, dass die Verwaltung und auch die anderen Fraktionen das unterstützen werden. Man dürfe nicht vergessen, dass auch an anderer Stelle zusätzliche Parkplätze geschaffen werden müssten, denn diese würden vom Emdener Einzelhandel dringend benötigt vor dem Hintergrund des Dollart-Centers. Man wolle dafür kämpfen, dass es eine Verbesserung gebe und nicht nur ein Umwandeln der vorhandenen Parkplätze in ein Parkhaus.

Herr Brinkmann bemerkt, es seien 50.000 DM für das Parkleitsystem im Haushalt enthalten.

Herr Renken erinnert daran, dass die damalige Planung die Errichtung eines Einkaufszentrums an dieser Stelle vorgesehen habe. Für den Bau eines Parkhauses hätten andere Voraussetzungen vorgelegen, und das Projekt habe sich dann nicht verwirklichen lassen. Heute habe man die Situation, dass es das heftig umstrittene Dollart-Center auf der grünen Wiese gebe und damit die Lage für den Handel in der Innenstadt weiter erschwert worden sei. Die aktuellen Zahlen in Leer zeigten, dass das Umsatzverhältnis von bisher 65 % in der Innenstadt und 35 % Außenumsatz jetzt 50 : 50 betrage, und diese Entwicklung sei mit Parkplatzangeboten nicht zu stoppen.

Man sei in der Vergangenheit immer davon ausgegangen, dass ein Parkhaus 7,5 Mio. DM kosten würde, und es sei von einem Zuschussbetrieb von 300.000 DM gesprochen worden. Nun seien es 10 Mio. DM geworden, und der Zuschuss auch bei einer günstigen Lösung liege nicht mehr bei 300.000 DM, sondern bei einer halben Mio. DM. Diese Kosten, die sich auch in der Zukunft summieren, entsprächen seiner Meinung nach nicht dem Nutzen eines solchen Parkhauses.

Er habe große Zweifel, ob das Parkhaus wirklich angenommen werde, insbesondere abends, wenn die übrigen Parkplätze kostenlos zur Verfügung stünden. Die Leute bezahlten sicher nicht 2,50 DM, wenn rundherum alles kostenlos sei. Das System sei mit erheblichen Mängeln behaftet.

Wenn man eine Minimierung des Suchverkehrs erwarte, so glaube er nicht, dass diese Situation eintrete, denn die Anzahl der Parkplätze bleibe gleich, und deshalb würden die Leute weiter in der Stadt suchen. Ein Parkleitsystem werde das nicht verändern. Eine Minimierung könne man erreichen, wenn man die kostenpflichtigen Parkflächen in den Wohngebieten verringere und einen entsprechenden Park & Ride-Verkehr an der Peripherie einrichte.

Diese Planung entspreche nicht den wirklichen Erfordernissen, die Innenstadt als attraktiven Erlebnisraum zu gestalten, indem der derzeitige Verkehr in den Bereichen, wo es möglich sei, herausgenommen werde. Er erinnere an die alte Diskussion um den Verkehr am Neuen Markt.

Wenn hier von kurzen Wegen gesprochen werde, so weise er darauf hin, dass die Haupteinkaufsstraße sich bereits in zu großer Entfernung vom Parkhaus befinde. Die optimale Entfernung liege bei 200 m, so dass in diesem Falle eine vernünftige Anbindung an die Innenstadt nicht gewährleistet sei.

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

Emden sei nicht nur eine Autostadt, sondern auch eine Radfahrerstadt, und zwar in einem weitaus höheren Maße als viele Städte im Lande. Darauf könne man stolz sein. Dann müsse man aber konsequent sein und dürfe nicht nur erhebliche Mittel für die Förderung des Autoparkverkehrs einsetzen, sondern auch Mittel für bessere und bewachte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Es müsse leichter gemacht werden, nicht nur mit dem Fahrrad in die Stadt zu fahren, sondern dieses auch wetterfest dort abzustellen.

Zusammenfassend sei zu sagen, dass seine Fraktion diesen Planungen nicht zustimmen werde, obwohl sie sich grundsätzlich vorstellen könne, dass unter anderen Rahmenbedingungen eine Zentralisierung des Suchverkehrs eine sinnvolle Sache sei.

Herr Bolinius weist bezüglich der genannten Umsätze in Leer darauf hin, dass man nicht nur die Prozentzahlen, sondern die absoluten Werte sehen müsse. Es seien Millionenwerte hinzugekommen. Es würden Riesenumsätze durch den Emspark erzielt.

Seine Fraktion sei für die Errichtung des Parkhauses, weil ihrer Meinung nach die Attraktivität der Innenstadt dadurch gewinne, und das habe sie immer gefordert. Auch die Anbindung an die Innenstadt durch die vorhandenen Fußwege gehe in Ordnung, so dass man glaube, dass das Parkhaus angenommen werde.

Er habe bereits im Stadtplanungsausschuss darauf hingewiesen, dass ein Parkleitsystem kommen müsse, und wie man eben gehört habe, stünden dafür auch 50.000 DM im Haushalt bereit. Es würden mit Sicherheit Staus auftreten, wenn das Parkhaus von vielen Besuchern zur gleichen Zeit angefahren werde. Es müsse ein Konzept zur Parkplatzbewirtschaftung erarbeitet werden, in welchem die umliegenden Parkplätze aufeinander abgestimmt würden. Vielleicht könne man diese Parkplätze einer Gesellschaft übertragen, was in anderen Städten durchaus üblich sei.

Insgesamt stimme seine Fraktion der Vorlage zu. Allerdings sei man der Meinung, dass die 500.000 DM sehr hoch angesetzt seien und evtl. noch gesenkt werden könnten.

Herr Leeker hat mit großem Interesse die Stellungnahmen der anderen Fraktionen gehört. Man wolle nicht eine erneute Diskussion um das Einkaufszentrum beginnen, aber er möchte nur darauf hinweisen, dass Leer lt. Auskunft der Kaufleute eine beträchtliche Wertsteigerung beim Umsatz zu verzeichnen habe. Leer sei ein Magnet geworden. Wenn nun die Innenstadt nicht in gleichem Umfange davon profitiert habe, so habe Leer sich insgesamt massiv bemüht, durch die Einrichtung weiterer Parkmöglichkeiten die Situation zu verbessern. Wer nach Leer fahre, finde ein Eldorado an Parkmöglichkeiten vor.

Er denke, dass es in der ersten Zeit einer gewissen Gewöhnung bedürfe, aber wenn man die große Zahl der Fahrzeuge in der Innenstadt sehe, die nur mühsam parken könnten, dann könne man sich vorstellen, dass das Parkhaus voll werde und das Risiko beim Zuschuss überschaubar sei. Allerdings bitte er darum, die Fassade vorgestellt zu bekommen, damit nicht dasselbe Debakel passiere wie am Schwanenteich. Er meine, dass die Finanzierung akzeptabel sei und die Synergieeffekte in der Tat beeindruckend seien. Seine Fraktion stimme dem Vorschlag der Verwaltung voll zu.

Herr Bongartz berichtet, er sei jeden Tag in Leer. Es gebe dort etwa 4.000 Parkplätze. Man könne zum Teil für 1,00 DM am Tag in einer knöllchenfreien Zone parken. Die Firma Autofischer habe eine große Anzahl von Parkplätzen zur Verfügung gestellt. In Leer sei auch das Parken an Samstagen frei. Ein entsprechender Antrag seiner Fraktion sei abgelehnt worden.

Was den Umsatz in der Stadt Leer angehe, so könne man diesen schlecht mit dem in Emden vergleichen. Die Leerer hätten den großen Vorteil, ein Rieseneinzugsgebiet der Nie-

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

derländer zu haben, denn die Kunden in den Multi-Märkten und im Emspark kämen zu einem Drittel aus den Niederlanden.

Er werde sich der Stimme enthalten, weil diese Entscheidung in einer beträchtlichen Größenordnung für ihn zu schnell durchgezogen werde. Man habe nicht einmal 14 Tage Zeit, und da tue er sich schwer, über solche Summen zu entscheiden. Er sehe auch die Verkehrsprobleme am Wasserturm als nicht gelöst an. Kinobetrieb sei ein Stoßzeitbetrieb, und wenn die Fahrzeuge alle zu einem bestimmten Zeitpunkt anrollten, könne dies nicht über einen Linksabbieger geschehen. Da müsse eine andere Lösung gefunden werden.

Er sei begeisterter Anhänger eines Parkhauses gewesen, solange nicht das Einkaufszentrum im Polder im Gespräch gewesen sei. In dem Gutachten sei zu lesen, dass dieses Einkaufszentrum einen Großteil an Kaufkraft in der Innenstadt wegnehme, was sich auf die Parksituation in der Innenstadt auswirken werde. Wenn jetzt eine Gesellschaft gegründet würde und diese feststelle, dass abends in der Stadt kostenlos geparkt werden könne, dann werde sie auch in den Abendstunden Geld nehmen.

Rat und Verwaltung hätten sich durch Entscheidungen, die sehr richtig gewesen seien, für Jahre festgelegt wie z.B. bei der Investition von 16 Mio. DM für den Schulneubau. Es bestehe dringender Sanierungsbedarf in anderen Bereichen, der sehr viel Geld koste, so dass die Summe, die jedes Jahr in die Finanzierung des Parkhauses fließe, sehr hoch sei und für ihn keine Priorität darstelle. Deshalb möchte er sich der Stimme enthalten.

Herr Brinkmann versteht die Welt nicht mehr. Er sei seit 1981 im Rat und mit ihm noch einige andere Frauen und Männer. Seit dieser Zeit streite man darüber, ob Emden ein Parkhaus nötig habe oder nicht. Man sei sich einig gewesen, dass Emden ein Parkhaus haben müsse, allerdings habe man dafür das Geld nicht gehabt. Dann habe sich die Entwicklung im Larreter Polder ergeben. Er habe mit den Einzelhändlern gesprochen, und er habe genau das getan, was die Fraktionen auch machten, nämlich sich ein Programm zu-rechtgelegt, das er umsetzen wolle, wenn er als hauptamtlicher Oberbürgermeister gewählt würde. Darin sei enthalten, dass er sich dafür einsetzen wolle, in Emden ein Parkhaus zu errichten.

Im gleichen Atemzuge habe er seinerzeit dem Unternehmen HLG abgerungen, dass in Emden ein Kino gebaut werden solle, im übrigen das letzte Kino dieser Art in diesem Bereich. Nun bekomme man zum ersten Mal die Chance, ein Parkhaus zu bauen für einen Preis, den die Stadt niemals hätte erzielen können, und jetzt sei es wieder nicht richtig. Vor diesem Hintergrund sei es selbstverständlich, dass man die Chance nutzen müsse und dass man natürlich nicht nur ein Parkleitsystem, sondern auch ein Parkraumbewirtschaftungssystem haben müsse. Man habe 20 Jahre um ein solches Parkhaus gerungen und sei froh, dass es jetzt komme.

(Herr Hegewald verlässt die Sitzung.)

Herr Bongartz versteht die Aufregung nicht. Man sollte froh sein, dass es in diesem Rat auch noch andere Meinungen gebe, die man respektieren müsse. **Herr Janßen** ist ebenfalls dieser Ansicht.

Frau Everwien schließt sich den Worten des Oberbürgermeisters an. Man könne jetzt nicht sagen, man stimme diesem Projekt, das man immer gewollt habe, nicht mehr zu, weil es andere Prioritäten gebe.

Herr Hellmann wiederholt, seine Fraktion stimme ja der Vorlage zu. Man habe jedoch immer vor Augen gehabt, dass die Parkraumsituation verbessert werde. Jetzt würden die vorhandenen 350 Parkplätze weggenommen und ein Parkhaus draufgesetzt. Das sei keine Verbesserung.

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

Nach Meinung von **Herrn Renken** müsse ein Projekt, dass man vor 20 Jahren für richtig gehalten habe, heute nicht auch noch richtig sein. Die Zeiten änderten sich, und man müsse schon überlegen, was man jetzt mache. Es gehe um Bestandssicherung, und für diese Bestandssicherung müssten pro Jahr erhebliche Defizite aus dem Stadtsäckel ausgeglichen werden. Da müsse man sich schon fragen, ob es nicht andere Dinge gebe, die vielleicht größere Priorität hätten.

Beschluss: a) Die Stadt Emden gründet eine Parkhaus-Verwaltungsgesellschaft mbH bzw. erwirbt einen GmbH-Mantel zum Zwecke der Verwaltung eines Parkhauses.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dagegen: 2
Enthalt.: 1

Punkt 14: A n t r ä g e

Vorlage 13/1235/3

1. Satzung zur Änderung der Satzung über den Schutz des Baumbestandes;

Antrag der SPD-Fraktion vom 15.05.2000

Herr Leeker führt aus, der Rat habe vor 13 Jahren die Baumschutzsatzung beschlossen und sei damit den Kommunen in der Umgebung gefolgt. Mittlerweile sei es jedoch angebracht, die Satzung den heutigen Gegebenheiten anzupassen. Es habe in Oldenburg und Osnabrück Volksabstimmungen gegeben, die eindeutig die Aufhebung der Satzung zur Folge gehabt hätten. Eine Umfrage habe ergeben, dass in fast allen Kommunen die Birken und Pappeln herausgenommen worden seien, und deshalb habe seine Fraktion sich dazu entschlossen, diesen Antrag zu stellen.

Man wisse sehr wohl, dass es verschiedene Richtungen in diesem Rat und sogar in seiner Fraktion gebe. Die einen wollten die Satzung völlig abschaffen, und die anderen wollten sie noch verschärfen. Er plädiere dafür, einen Mittelweg zu wählen und damit den Wünschen mancher Kleingartenbesitzer, Bauvereine usw. zu folgen, denen man zugesagt habe, dafür zu sorgen, dass Bäume mit einer Lebensdauer von 20 Jahren nicht mehr unter Schutz gestellt würden, so dass sie nur mühsam entfernt werden könnten. Hinzu komme, dass die Kosten, die die Antragsteller aufbringen müssten, relativ hoch seien.

Er möchte darauf hinweisen, dass letztendlich die Bäume auch nicht gänzlich geschützt seien, denn man habe in Wolthusen erlebt, dass eine sehr schöne Kastanie gefällt worden sei, weil laut Gutachten die Schadensersatzforderungen für die Stadt zu hoch geworden wären.

Alles in allem sei dieser Weg ein Kompromiss, und er bitte die CDU-Fraktion, die die Baumschutzsatzung abschaffen wolle, diesem Kompromiss, mit dem man seiner Meinung nach leben könne und den Wünschen der Menschen in dieser Stadt entspreche, zuzustimmen.

Herr Röttgers teilt mit, wie bereits unter TOP 2 erwähnt, lägen drei Anträge zur Baumschutzsatzung vor. Die SPD-Fraktion wolle zwei Baumarten herausnehmen, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle die Satzung überarbeiten, und die CDU-Fraktion beantrage die Aufhebung der Satzung.

Die Verwaltung habe ohnehin die Absicht gehabt, die Satzung zu überarbeiten und entsprechende Vorschläge zu machen, die man dann im Gesamtpaket hätte behandeln können.

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

Die SPD-Fraktion habe jedoch auf kurzfristige Umsetzung ihres Antrages bestanden, der auch durch den VA vorbereitet worden sei. Die Anträge der Grünen sowie der CDU-Fraktion seien im Stadtplanungsausschuss abgelehnt worden und somit nicht weitergegangen.

Die überarbeitete Baumschutzsatzung liege zwischenzeitlich vor, müsse aber redaktionell noch abgestimmt und dem Verwaltungsvorstand vorgelegt werden. Danach könne sie in den Gremien behandelt werden. Heute stehe der Antrag der SPD-Fraktion auf Herausnahme der beiden Baumarten zur Diskussion.

Herr Renken erklärt, seine Fraktion werde dem Antrag der SPD-Fraktion, mit welchem das Fällen der Birken und Pappeln freigegeben werde, nicht zustimmen, sondern spreche sich dafür aus, die naturschutzrechtlichen Belange stärker zu berücksichtigen, denn Birken und Pappeln hätten hohe ökologische Funktionen und böten Lebensraum für eine Vielzahl von Organismen. Er höre auch immer wieder aus der Bevölkerung, dass man es bedauere, dass diese schönen Bäume gefällt würden. Ein Großteil der Bürger halte es für sinnvoll, das städtische Grün zu schützen, um eine hohe Lebensqualität in dieser Stadt zu bewahren.

Ein Nachteil der gegenwärtigen Satzung sei, dass die Kommune selbst nicht an die Satzung gebunden sei. Den Bürgern sei schwer zu vermitteln, dass private Grundstücke geschützt seien, aber die Bäume der Stadt nicht unter die Satzung fielen.

Es sei ein falscher Zeitpunkt, solche abschließenden Beschlüsse zu fassen. Man hoffe, dass in Kürze der Verwaltungsvorschlag vorliege und ernsthafte Diskussionen darüber möglich seien, so dass es zu einem vernünftigen Kompromiss unter Beteiligung der Bürger kommen werde.

Herr Bongartz teilt mit, seine Fraktion werde diesem Antrag ebenfalls nicht zustimmen, wie sie schon damals der Baumschutzsatzung nicht zugestimmt habe. Ein Grund für die Ablehnung sei gewesen, dass die Stadt sich nicht selbst in die Pflicht nehme, denn die meisten Bäume befänden sich in städtischem Besitz. Seine Fraktion sei nicht davon überzeugt, dass eine solche Satzung erforderlich sei. Wenn man von oben auf die Stadt sehe, stelle man fest, dass es sich um eine sehr grüne Stadt handle, woraus man schließen könne, dass die Leute Bäume pflanzten und gedeihen ließen und sie nicht abhackten. Ob jemand einen Baum auf seinem Grundstück fällen möchte, sollte man dem mündigen Bürger überlassen und ihn nicht bevormunden.

Herr Dr. Beisser erklärt, seine Fraktion werde den Antrag unterstützen, weil Bewegung in die Sache hineinkomme. Wenn man in eine Liberalisierung der Satzung eintreten wolle, dann müsse man die Gebührenpflicht herausnehmen und die Anzeige- und Beratungspflicht aufnehmen, und dann könne man dem Bürger unter fachlicher Beratung einen ökologischen Ausgleich anbieten.

Herr Bongartz ist ebenfalls der Ansicht, dass im Rahmen einer Satzungsänderung im Sinne der Bürgerfreundlichkeit auf die Gebühren verzichtet werden sollte.

Auf Rückfrage von **Herrn Renken** antwortet **Herr Röttgers**, dass der Entwurf der überarbeiteten Baumschutzsatzung in der übernächsten Sitzung des Stadtplanungsausschusses vorgestellt werde.

Herr Woldmer weist abschließend darauf hin, dass es in dieser Stadt auch hunderte von Pappeln gebe, die zu 40 % abgestorben seien und eine Gefahr für die Bürger darstellten. Die Bäume seien zum Teil 25 bis 30 Jahre alt und müssten beseitigt werden. Wenn der Bürger es wünsche, sollte er Birken und Pappeln auch fällen dürfen.

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Rates am 28.09.2000

- Beschluss:
- a) Der Rat der Stadt Emden beschließt, die Baumschutzsatzung dahingehend zu ändern, dass Birken und Pappeln künftig nicht mehr unter Schutz stehen.
 - b) Die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über den Schutz des Baumbestandes wird gemäß der Vorlage 13/1235/3 beigefügten Anlage beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dafür: 22
Dagegen: 11

Punkt 15: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorlage 13/1360
Tätigkeitsbericht der Frauenbeauftragten für das Jahr 1999

Herr Dr. Beisser bemerkt, die Frauenbeauftragte habe in dem Bericht angeführt, dass das Emdener GründerInnenZentrum auf ihre Initiative hin entstanden sei. Er sei verwundert darüber, dass im Zusammenhang mit den Ideen und dem Ideal der Gleichberechtigung Konzerne wie VW im Pressespiegel erwähnt würden.

Der Bericht veranlasse seine Fraktion dazu, die Einrichtung der Stelle als Frauenbeauftragte in Zweifel zu ziehen. Auf Seite 1 sei zu lesen, dass "aufgrund der besonderen personellen Situation im Jahre 1999 viele Bereiche im Vergleich zu den Vorjahren nur eingeschränkt bzw. gar nicht wahrgenommen werden konnten." Bei der Besetzung der Stelle sollte man künftig darauf achten, dass zumindest eine Stelle von einem Mann besetzt werde, damit die Arbeit der Frauenbeauftragten durchgeführt werden könne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

2. Vorlage 13/1347
Beteiligungsbericht 2000 der Stadt Emden

Herr Bongartz hat festgestellt, dass die Informationen, die der Rat bekomme, nicht mehr aktuell seien. Es würden die Jahre 1997 und 1998 erwähnt, während man jetzt schon September 2000 habe. Man müsste zumindest einen Bericht für das Jahr 1999 erhalten.

Herr Brinkmann erwidert, die Verwaltung habe mit dem vorliegenden Bericht ein Beispiel geben wollen, wie man in Zukunft mit diesen Dingen umgehen wolle. An dem Bericht für die Jahre 1999 und 2000 werde noch gearbeitet, so dass dieser im Laufe des nächsten Jahres vorgelegt werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Anfragen der Zuhörerinnen und Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.00 Uhr.